Sehr geehrte Damen und Herren!

*Mein Name ist Jan Pehrke. Ich bin Journalist und gehöre dem Vorstand der Coordination gegen BAYER-Gefahren an.*

Zunächst einmal möchte ich meinen Unmut darüber zum Ausdruck bringen, dass diese Hauptversammlung nur online stattfindet. Es gibt keinerlei objektive Gründe mehr dafür, nur subjektive. Und diese bestehen einzig darin, dass der Vorstand sich Konzern-Kritik buchstäblich vom Leib halten und sich mit Medikamenten-Geschädigten, Gentechnik-GegnerInnen, Umweltaktivisten und anderen nicht mehr direkt konfrontieren will. Aber die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN protestiert trotzdem in Präsenz vor Ort vor der Konzern-Zentrale in Leverkusen und hat auch wieder viele Gegenredner von verschiedenen Organisationen für das virtuelle Format finden können.

Ich möchte heute hier zum Thema „Arbeitsplatzvernichtung“ sprechen. BAYER hat im Januar einen „erheblichen Personalabbau“ angekündigt. Nicht einmal betriebsbedingte Kündigungen schließt der Konzern aus. Das hat die Belegschaften an den Standorten in Angst und Schrecken versetzt. Wieder einmal müssen sie für Fehler des Vorstandes büßen. Die Beschäftigen zahlen jetzt die Zeche dafür, dass es das Management nicht geschafft hat, mit den Glyphosat-Geschädigten eine gütliche und faire Einigung zu finden. Und sie zahlen dafür jetzt schon zum zweiten Mal die Zeche. Bereits Ende 2018 war es wg. Glyphosat zur Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen gekommen.

Dabei ist es jetzt bereits neun Jahre her, seit die maßgebliche Gesundheitseinrichtung der Welt – die Weltgesundheitsorganisation WHO – Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft und damit eine Klagewelle ausgelöst hat. BAYER hätte inzwischen Gelegenheiten genug gehabt, diese zu stoppen, aber der Konzern ließ Ende Mai 2021 beispielsweise das Mediationsverfahren platzen, das der zuständige Richter vorgeschlagen hatte. Der Grund: BAYER wollte das Mittel weiter auf dem Markt halten, aber für die damit logischerweise verbundenen weiteren Schäden nicht mehr haften und einen Klage-Verzicht zugesichert bekommen.

Das war natürlich nicht zu machen. Deshalb ist die Akte „Glyphosat“ immer noch offen, und der Konzern versucht stattdessen, sie auf krummen Touren zu schließen. So kündigte er verstärkte Lobbyanstrengungen an bzw.

*„eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Bereich der Politik“*.

Er will in den USA z. B. ein neues Pestizid-Gesetz lancieren. Dazu möchte ich wissen:

1. *Wie viel Geld hat BAYER bisher in diese Kampagne gesteckt und welche Summen flossen bisher in die Kassen von Politikern der Demokraten und der Republikaner?*
2. *Wie viel Spenden an Politiker hat BAYER über sein „Political Action Commitee“ 2024 in den USA bis dato geleistet? Bis zum 18 März waren es rund 77.000 Dollar an Politiker der Republikaner und rund 52.000 Dollar an Politiker der Demokraten.*

Darüber hinaus plant der Konzern nach Presseberichten auf Anregung des heute für den Aufsichtsrat kandidierenden Jeff Ubben den juristischen Winkelzug einer Teil-Insolvenz, um Schadensbegrenzung in Sachen „Glyphosat“ zu betreiben. Konkret geht es darum, eine Eigenheit des texanischen Firmenrechts zu nutzen, die in Unternehmenskreisen als „Texas Two-Step“ bekannt ist. Dazu jetzt die Frage:

1. *Kann der Vorstand die entsprechenden Berichte bestätigen?*

Kritische Aktionäre der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN haben hier auf den Hauptversammlungen schon frühzeitig vor den Risiken und Nebenwirkungen von Glyphosat gewarnt. Julia Sievers-Langer von der AGRAR KOORDINATION tat das im Jahr 2015. Und drei Jahre später thematisierte René Lehnherr vom MONSANTO-Tribunal explizit das Klage-Risiko. Er verwies auf die im Mai 2018 schon vorliegenden Klagen und fragte vor sechs Jahren (ich zitiere):

1. *Was passiert mit den vielen Gerichtsverfahren, die derzeit gegen MONSANTO laufen? Übernimmt BAYER die straf- und zivilrechtliche Haftung für die Straftaten von MONSANTO?*
2. *Wie viel Geld wird BAYER für die mehr als 5.000 Klagen amerikanischer Landwirte aufbringen, die Klagen gegen MONSANTO führen, weil sie wegen Gebrauch von ROUNDUP an einem Non-Hodgkin-Lymphom leiden?*

Es hätten also damals schon alle wissen können. Daraus ergibt sich für mich die Frage:

1. *Warum hat der Vorstand im Mai 2018 nicht reagiert und die Frage von René Lehnherr unbeantwortet gelassen?*

Der Umgang mit der Glyphosat-Krise hat bei BAYER System. Der Konzern reagiert erst auf gesundheitsgefährdende Risiken seiner Produkte, wenn daraus juristische Risiken entstehen. So ist es bei PCB, so wird es bald bei den PFAS-Chemikalien sein und so war es beispielsweise auch im Fall des Cholesterinsenkers LIPOBAY, den BAYER nach über 100 Todesfällen vom Markt nehmen musste.

Da stand BAYER auch in Treue fest zu dem Produkt. Der damalige Finanzchef Werner Wenning bekundete, ich zitiere:

*„Die Anwendung von hochwirksamen Medikamenten ist immer mit Nebenwirkungen verbunden, die auch zum Tode führen können.“*

Aber der Aktien-Kurs ging in den Keller, und was folgte, war ein Konzern-Umbau, der mit einer massiven Arbeitsplatzvernichtung verbunden war – wie jetzt.

Währenddessen erhält der Vorstand Millionen-Gehälter. Bill Andersons Zielvergütung beträgt – aufs ganze Jahr umgerechnet – 8,5 Millionen Euro. Das ist 69 Mal so viel wie der durchschnittliche Jahreslohn eines Tarifbeschäftigten von BAYER. Die Einkommensschere geht also beim Konzern extrem weit auseinander. Auch der Anteil der Personalkosten am Umsatz sinkt. Im Jahr 1989 lag dieser bei 30,7 Prozent, heuer sind es nur noch 22,4 Prozent. Es findet eine gigantische Umverteilung von unten nach oben statt: BAYER erwirtschaftet mit immer weniger Beschäftigten immer mehr Profit.

Die Geschäftspolitik des Konzerns geht also auf Kosten der Beschäftigten, der Gesundheit der Menschen und auch der Umwelt, denn Glyphosat beispielsweise ist nicht nur „wahrscheinlich krebserregend“, sondern bedroht auch die Artenvielfalt, wie die meisten Ackergifte. Und das Unternehmen räumt es ja selbst ein. So erklärte Klaus Kunz, der Nachhaltigkeitsbeauftragter von BAYER CROPSCIENCE in einem Interview mit Business Insider *(ich zitiere)*:

*„Die Leute sagten, unsere Produkte seien schädlich für Bienen, und unsere Botschaft lautete: ‚Unsere Produkte sind sicher für die Umwelt, wenn sie gemäß den Anweisungen auf dem Etikett angewendet werden'. Das ist eine sehr juristische Sprache. Aber wenn man sich das vor Augen führt – ein Insektizid ist sicher für die Umwelt – ist das ein Witz. Es ist dafür gemacht, nicht sicher für die Umwelt zu sein. Es ist so konzipiert, dass es die Umwelt beeinträchtigt, egal was auf dem Etikett steht.“*

Ich glaube, das sagt alles. Ich hoffe, die Aktionäre damit überzeugt zu haben, Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten und stattdessen für die Gegenanträge der Coordination zu stimmen.

*Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!*

Sehr geehrte Damen und Herren!

*Mein Name ist Jan Pehrke. Ich bin Journalist und gehöre dem Vorstand der Coordination gegen BAYER-Gefahren an.*

Zunächst einmal möchte ich meinen Unmut darüber zum Ausdruck bringen, dass diese Hauptversammlung nur online stattfindet. Es gibt keinerlei objektive Gründe mehr dafür, nur subjektive. Und diese bestehen einzig darin, dass der Vorstand sich Konzern-Kritik buchstäblich vom Leib halten und sich mit Medikamenten-Geschädigten, Gentechnik-GegnerInnen, Umweltaktivisten und anderen nicht mehr direkt konfrontieren will. Aber die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN protestiert trotzdem in Präsenz vor Ort vor der Konzern-Zentrale in Leverkusen und hat auch wieder viele Gegenredner von verschiedenen Organisationen für das virtuelle Format finden können.

Ich möchte heute hier zum Thema „Arbeitsplatzvernichtung“ sprechen. BAYER hat im Januar einen „erheblichen Personalabbau“ angekündigt. Nicht einmal betriebsbedingte Kündigungen schließt der Konzern aus. Das hat die Belegschaften an den Standorten in Angst und Schrecken versetzt. Wieder einmal müssen sie für Fehler des Vorstandes büßen. Die Beschäftigen zahlen jetzt die Zeche dafür, dass es das Management nicht geschafft hat, mit den Glyphosat-Geschädigten eine gütliche und faire Einigung zu finden. Und sie zahlen dafür jetzt schon zum zweiten Mal die Zeche. Bereits Ende 2018 war es wg. Glyphosat zur Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen gekommen.

Dabei ist es jetzt bereits neun Jahre her, seit die maßgebliche Gesundheitseinrichtung der Welt – die Weltgesundheitsorganisation WHO – Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft und damit eine Klagewelle ausgelöst hat. BAYER hätte inzwischen Gelegenheiten genug gehabt, diese zu stoppen, aber der Konzern ließ Ende Mai 2021 beispielsweise das Mediationsverfahren platzen, das der zuständige Richter vorgeschlagen hatte. Der Grund: BAYER wollte das Mittel weiter auf dem Markt halten, aber für die damit logischerweise verbundenen weiteren Schäden nicht mehr haften und einen Klage-Verzicht zugesichert bekommen.

Das war natürlich nicht zu machen. Deshalb ist die Akte „Glyphosat“ immer noch offen, und der Konzern versucht stattdessen, sie auf krummen Touren zu schließen. So kündigte er verstärkte Lobbyanstrengungen an bzw.

*„eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Bereich der Politik“*.

Er will in den USA z. B. ein neues Pestizid-Gesetz lancieren.

1. *Wie viel Geld hat BAYER bisher in diese Kampagne gesteckt und welche Summen flossen bisher in die Kassen von Politikern der Demokraten und der Republikaner?*
2. *Wie viel Spenden an Politiker hat BAYER über sein „Political Action Commitee“ 2024 in den USA bis dato geleistet? Bis zum 18 März waren es rund 77.000 Dollar an Politiker der Republikaner und rund 52.000 Dollar an Politiker der Demokraten.*
3. *Nach Presseberichten plant der Konzern auf Anregung des heute für den Aufsichtsrat kandidierenden Jeff Ubben den juristischen Winkelzug einer Teil-Insolvenz – den sogenannten Texas Two-Step – um Schadensbegrenzung in Sachen „Glyphosat“ zu betreiben. Kann der Vorstand solche Presseberichte bestätigen?*

Kritische Aktionäre der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN haben hier auf den Hauptversammlungen schon frühzeitig vor den Risiken und Nebenwirkungen von Glyphosat gewarnt. Julia Sievers-Langer von der AGRAR KOORDINATION tat das im Jahr 2015. Und drei Jahre später thematisierte René Lehnherr vom MONSANTO-Tribunal explizit das Klage-Risiko. Er verwies auf die im Mai 2018 schon vorliegenden Klagen und fragte (ich zitiere):

1. *Was passiert mit den vielen Gerichtsverfahren, die derzeit gegen MONSANTO laufen? Übernimmt BAYER die straf- und zivilrechtliche Haftung für die Straftaten von MONSANTO?*
2. *Wie viel Geld wird BAYER für die mehr als 5.000 Klagen amerikanischer Landwirte aufbringen, die Klagen gegen MONSANTO führen, weil sie wegen Gebrauch von ROUNDUP an einem Non-Hodgkin-Lymphom leiden?*

Diese Informationen lagen also der Hauptversammlung vom Mai 2018 und allen anwesenden AktionärInnen schon vor. Trotzdem erhielt der Gegenantrag der Coordination zu zu der Zeit noch nicht besiegelten MONSANTO-Übernahme keine Mehrheit. Daraus ergibt sich für mich die Frage:

1. *Warum hat der Vorstand damals nicht reagiert und die Frage von René Lehnherr unbeantwortet gelassen?*

Der Umgang mit der Glyphosat-Krise hat bei BAYER System. Der Konzern reagiert erst auf gesundheitsgefährdende Risiken seiner Produkte, wenn daraus juristische Risiken entstehen. So ist es bei PCB, so wird es bei den PFAS-Chemikalien sein und so war es beispielsweise im Fall des Cholesterinsenkers LIPOBAY, den BAYER nach über 100 Todesfällen vom Markt nehmen musste.

Da stand BAYER auch in Treue fest zu dem Produkt. Der damalige Finanzchef Werner Wenning bekundete, ich zitiere:

*„Die Anwendung von hochwirksamen Medikamenten ist immer mit Nebenwirkungen verbunden, die auch zum Tode führen können.“*

Aber der Aktien-Kurs ging in den Keller, und was folgte, war ein Konzern-Umbau, der mit einer massiven Arbeitsplatzvernichtung verbunden war – wie jetzt.

Währenddessen erhält der Vorstand Millionen-Gehälter. Bill Andersons Zielvergütung beträgt – aufs ganze Jahr umgerechnet – 8,5 Millionen Euro. Das ist 69 Mal so viel wie der durchschnittliche Jahreslohn eines Tarifbeschäftigten von BAYER. Die Einkommensschere geht also beim Konzern extrem weit auseinander. Auch der Anteil der Personalkosten am Umsatz sinkt. Im Jahr 1989 lag dieser bei 30,7 Prozent, heuer sind es nur noch 22,4 Prozent. Es findet eine gigantische Umverteilung von unten nach oben statt. BAYER erwirtschaftet mit immer weniger Beschäftigten immer mehr Profit.

Die Geschäftspolitik des Konzerns geht also auf Kosten der Beschäftigten, der Gesundheit der Menschen und auch der Umwelt, denn Glyphosat beispielsweise ist nicht nur „wahrscheinlich krebserregend“, sondern bedroht auch die Artenvielfalt.

Ich möchte die Aktionäre deshalb bitten, Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten und stattdessen für die Gegenanträge der Coordination zu stimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*„Wer weiß, ob dieser sinnvolle Konzernumbau ohne*

*den Lipobay-Fall so schnell durchsetzbar gewesen wäre“,*

*bilanziert LBBW-Analyst Karl-Heinz Scheunemann.*

*Wenning selbst fasst die Lipobay-Krise bei seinem Abgang*

*von der Konzernspitze so zusammen: „Es war in der Tat ein*

*Tiefschlag für das Unternehmen und der Beschleuniger für*

*einige der späteren Veränderungen im Konzern.“*

S

Vor allem in Relation zu den Entgelten der anderen Firmen-angehörigen sprengen die Summen jedes vernünftige Maß. So übersteigt das Salär des Konzern-Chefs den durchschnittlichen Jahres-Lohn eines Tarif-Beschäftigten von BAYER um den Faktor 69. Die restlichen Vorstandsmitglieder streichen das 11-Fache ein.

*Das ZDF sendet einen markanten Satz aus dem Wenning-*

*Interview. „Die Anwendung von hochwirksamen*

*Medikamenten ist immer mit Nebenwirkungen verbunden,*

*die auch zum Tode führen können.“ „Bild*

Eine Antwort auf diese Fragen ist BAYER damals schuldig geblieben

einmal möchte ich meinen Unmut darüber zum Ausdruck bringen, dass diese Hauptversammlung nur online stattfindet. Es gibt keinerlei objektive Gründe mehr dafür, nur subjektive. Und diese bestehen einzig darin, dass der Vorstand sich Konzern-Kritik buchstäblich vom Leib halten und sich mit Medikamenten-Geschädigten, Gentechnik-GegnerInnen, Umweltaktivisten und anderen nicht mehr direkt konfrontieren will. Aber die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN protestiert trotzdem in Präsenz vor Ort in Leverkusen und hat auch wieder viele Gegenredner von verschiedenen Organisationen für das virtuelle Format finden können.

Ich möchte heute zum Thema „Arbeitsplatzvernichtung“ sprechen. BAYER hat im Januar einen „erheblichen Personalabbau“ angekündigt. Nicht einmal betriebsbedingte Kündigungen schließt der Konzern aus. Das hat die Belegschaften an den Standorten in Angst und Schrecken versetzt. Wieder einmal müssen sie für Fehler des Vorstandes büßen. Die Beschäftigen zahlen jetzt die Zeche dafür, dass es das Management nicht geschafft hat, mit den Glyphosat-Geschädigten eine gütliche Einigung zu finden. Und sie zahlen jetzt schon zum zweiten Mal. Bereits Ende 2018 kam es deshalb zur Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen.

Dabei ist es jetzt bereits neun Jahre her, seit die maßgebliche Gesundheitseinrichtung der Welt – die Weltgesundheitsorganisation WHO – Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft und damit eine Klagewelle ausgelöst hat.

BAYER aber ließ Ende Mai 2021 das Mediationsverfahren platzen, das auf Anregung des Richters Vince Chhabria nach den ersten Prozessen mit milliarden-schweren Urteilen gegen den Konzern ins Leben gerufen wurde und verpasste damit eine Gelegenheit. Der Grund: BAYER wollte das Mittel weiter auf dem Markt halten, aber für die damit logischerweise verbundenen weiteren Schäden nicht mehr haften und eine Art Rechtsschutzversicherung gegen zukünftige Klagen erhalten.

Das war natürlich nicht zu machen, und so ist die Akte „Glyphosat“ immer noch offen.

, obwohl seit dem ersten spektakulären Prozess bereits fünfeinhalb Jahre verstrichen sind. Stattdessen ließ das Unternehmen Ende Mai 2021 das Mediationsverfahren platzen.

BAYER hat im Januar einen „erheblichen Personalabbau“ angekündigt. Nicht einmal betriebsbedingte Kündigungen schließt der Konzern dabei aus. Wieder einmal müssen die Beschäftigten für Fehler des Vorstandes büßen. Sie zahlen jetzt die Zeche dafür, dass es das Management nicht geschafft hat, mit den Glyphosat-Geschädigten eine gütliche Einigung zu finden, obwohl seit dem ersten spektakulären Prozess bereits fünfeinhalb Jahre verstrichen sind. Stattdessen ließ das Unternehmen Ende Mai 2021 das Mediationsverfahren platzen.

Ich möchte die Aktionäre bitten, Vorstand und Aufsichtsrat wegen der von mir angesprochenen Missstände nicht zu entlasten und stattdessen für die Gegenanträge der Coordination gegen BAYER-Gefahren zu stimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!